

Die nächste IOV wird voraussichtlich Ende Oktober oder Anfang November 1995 zusammentreten. Danach wird abzuschätzen sein, wann die vierte und letzte VPK einberufen wird. Da der Großteil der Dokumente bereits vorbereitet ist, sollte die Abhaltung des Konzils in näherer Zukunft möglich sein. Vorgesehen ist, daß die Einberufung durch den Ökumenischen Patriarchen erfolgt, sobald in den noch offenen Fragen Übereinstimmung erzielt worden ist.

Tatsächlich ist es mit einer formellen Beschlußfassung durch das Konzil noch nicht getan. Das orthodoxe Kirchenrecht sieht als wesentliche zusätzliche Bedingung vor, daß die Entscheidungen auch von der gesamten orthodoxen Kirche rezi-

piert werden. Nach den ausführlichen Vorbereitungen und der um Konsens bemühten Arbeitsweise ist dies aber anzunehmen.

Hinsichtlich der ökumenischen Beziehungen gibt es Anlaß zur Hoffnung, daß das Konzil die Kräfte innerhalb der Orthodoxie stärkt, die sich für den Dialog mit den Schwesternkirchen einsetzen. Sollten Bestrebungen, die Orientalisch-orthodoxen (altorientalischen) Kirchen bereits am Konzil teilnehmen zu lassen, zu realisieren sein, so wäre damit in der Ökumene ein großer Schritt vorwärts getan, bedeutete es doch die Überwindung einer 1500 Jahre alten Spaltung.

Hannes Schreiber

## Krise des Selbstvertrauens

### Nicht nur in Chiapas kommt Mexiko nicht zur Ruhe

*Die Kette der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen in Mexiko reißt nicht ab: Dem Aufstand der indianischen Guerillabewegung Anfang letzten Jahres (vgl. HK, März 1994, 147 ff.) folgte der Zusammenbruch des Pesos zum Jahreswechsel. Die Präsidentschaftswahlen im letzten Sommer wurden von der Ermordung des PRI-Kandidaten überschattet; in der Unruheprovinz Chiapas bleibt der Friedensprozeß brüchig, der um diesen verdiente Bischof Ruiz gleichermaßen Hoffnungsträger und Zielscheibe heftiger Angriffe.*

Nur eine kleine Korrektur wollte Präsident *Ernesto Zedillo Ponce de León* drei Wochen nach seinem Amtsantritt am 1. Dezember 1994 am Wechselkurs des Neuen Pesos (mexN\$) vornehmen. Doch er und sein ungeschickt agierender, inzwischen entlassener Finanzminister *Jaime Serra Puche* traten eine Lawine los, die Mexiko in eine wirtschaftliche und politische Krise stürzte, die an den Zusammenbruch von 1982/83 erinnert. In einer Währungsreform am 1. Januar 1993 war durch Streichung dreier Nullen aus dem mehrmals abgewerteten Peso der „Neue Peso“ hervorgegangen und seither ziemlich stabil geblieben, obwohl er schon ab 1993 chronisch überbewertet war. Aber vom 21. bis zum 27. Dezember 1994 verlor er im Sturzflug 39 Prozent seines Wertes. Der Kurs fiel von 1 US-\$ : 3,45 mexN\$ auf 1:5,65, stabilisierte sich dann dank der (ziemlich spät erfolgten) Ankündigung von mexikanischen und US-amerikanischen Gegenmaßnahmen bzw. Krediten des Internationalen Währungsfonds, um Ende Januar erneut einzubrechen.

Im März näherte sich der Kurs zeitweise dem Verhältnis von 1:8. Der „Tequila-Effekt“ zog die Aktienkurse anderer lateinamerikanischer Börsen mit in die Tiefe. Selbst die Dollarschwäche hängt mit dem Peso zusammen, zumal Präsident Clinton, um den Kongreß umgehen zu können, einen erheblichen Teil des US-Stabilisierungsfonds (Exchange Stabilization Fund) bereits für die Stützung des Pesos in Anspruch genommen hatte. Schließlich sind die Ökonomien der USA, Kanadas und Mexikos seit Inkrafttreten des

Nordatlantischen Freihandelsabkommens (Tratado de Libre Comercio – TLC) am 1. Januar 1994 eng aneinander gekoppelt. Jetzt wird die Krise auch in den USA viele Arbeitsplätze kosten und das Heer illegaler mexikanischer Einwanderer vergrößern.

### 40 Prozent der Mexikaner können den Gürtel nicht mehr enger schnallen

Die wirtschaftlichen Folgen für Mexiko, das sich als 25. OECD-Mitglied schon fast zur „Ersten Welt“ gerechnet hatte, sind katastrophal: Allein in den ersten neun Tagen der Krise hat ausländisches Kapital, das durch jahrelanges Wohlverhalten nach der massiven *Kapitalflucht* der 80er Jahre mühsam ins Land zurückgeholt worden war, in der Höhe von 8 Milliarden US-Dollar, das sind zwölf Prozent aller ausländischen Investitionen, das Land verlassen. Die Währungsreserven sind fast vollständig aufgebraucht, die Preise für Importe dramatisch angestiegen. Man rechnet mit bis zu 50 Prozent Preissteigerung für 1995.

Um Inflation und weitere Abwertung zu bremsen, wurden die Zinsen drastisch auf bis zu 120 Prozent erhöht. Die Regierung beschloß massive Einsparungen in den öffentlichen Haushalten und eine Fortsetzung der Privatisierung von Staatsbetrieben. Die gesamten Auslandsschulden sind durch



die internationalen Stützungskredite, für die Mexiko sogar seine Einnahmen aus dem Erdöllexport verpfänden mußte, auf etwa 180 Milliarden US-Dollar angewachsen. Daß dies alles in eine sogar für die Mittel- und Oberschicht *schmerzliche Rezession* führen muß, verwundert nicht. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 15 Prozent sind jedoch besonders diejenigen 40 Prozent der Mexikaner hart getroffen, die den Gürtel kaum mehr enger schnallen können, weil sie schon unter der Armutsgrenze leben.

Nach einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 Prozent im Jahr 1994 wird für 1995 ein Rückgang um bis zu 5 Prozent erwartet. Schon jetzt haben eine Million Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Vor allem kleinere Unternehmen, die im Vertrauen auf den weiteren „Modernisierungsprozeß“ und günstige Importe aus den USA ausländische Kredite aufgenommen und investiert hatten, stehen vor dem Bankrott. Obwohl nach Jahren der „Austeritätspolitik“ 1994 gerade erst das Reallohniveau von 1980 wieder erreicht worden war, muß für 1995 wieder mit einem Rückgang um etwa 20 Prozent gerechnet werden. Nur exportorientierte Sektoren werden von der neuen Lage profitieren. Tatsächlich konnte Mexiko seine Exporte in die USA deutlich steigern (im Januar 1995 um 35,5 Prozent im Vergleich zu Januar 1994), was zusammen mit dem Rückgang der Importe immerhin für eine jetzt fast ausgeglichene Außenhandelsbilanz sorgte. Die jahrelang extrem negative Handelsbilanz von zuletzt 28 Milliarden US-Dollar war mit ein Auslöser der Währungskrise.

Der Zusammenbruch des Pesos ist aber „nur“ die vorerst letzte einer ganzen Serie böser Überraschungen. Einer der intelligentesten Kommentatoren der politischen Entwicklung Mexikos, *Jorge G. Castañeda*, hatte in seinem Essay „Sorpresas te da la vida“ (Überraschungen bringt dir das Leben) das Auf und Ab des bewegten Jahres 1994 analysiert, das mit dem Aufstand der indianischen Guerilla-Bewegung „Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung“ (Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN) in Chiapas begonnen hatte. Das Buch war gerade erschienen, da mußte er bereits eine Fortsetzung „¿La última sorpresa?“ (Die letzte Überraschung?) nachliefern.

Mexiko steckt in einer beispiellosen Krise seines politischen und sozialen Systems. Die Mechanismen der gewaltfreien Konfliktregelung unter den Mitgliedern der „revolutionären Familie“, durch die die jahrzehntelange Stabilität der „Partei der Institutionalisierten Revolution“ (PRI) garantiert war, scheinen genausowenig mehr zu funktionieren wie die Methoden eines wenigstens rudimentären sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich, durch die bislang ein wenn auch prekärer sozialer Friede erhalten werden konnte. Es handelt sich nicht nur um eine Vertrauenskrise ausländischer Kapitalanleger, sondern, weit wichtiger für die Zukunft des Landes, um eine jedes bisherige Maß überschreitende *Krise des Selbstvertrauens* der Mexikaner und ihres Vertrauens in die Regierenden und die Effektivität der staatlichen Institutionen.

Nach den Fortschritten im Dialog zwischen EZLN und Regierung bis Februar 1994 waren die mexikanische und die internationale Öffentlichkeit noch optimistisch, ja geradezu euphorisch. Endlich sei Bewegung in die verkrusteten politischen Strukturen Mexikos gekommen und die Chancen für faire Wahlen, bei denen selbstverständlich die links-sozialdemokratisch orientierte „Partei der Demokratischen Revolution“ (PRD) und ihr Kandidat *Cuauhtémoc Cárdenas* den Sieg davontragen würden, stünden nicht schlecht. Diese Hoffnungen erlitten mit der Ermordung des reformbereiten Präsidentschaftskandidaten der PRI, *Luis Donaldo Colosio*, am 23. März einen ersten schweren Schlag.

### Der versuchte Übergang in eine wirkliche Demokratie ist gescheitert

Obwohl die offiziellen Ermittler einen verrückten Einzeltäter präsentierten, wurde das Attentat in der Öffentlichkeit sehr schnell auf einen PRI-internen Machtkampf zurückgeführt: In diesem standen die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine liberale Wirtschaftspolitik eintretenden Reformer den „Dinosauriern“ gegenüber, welche durch die „Modernisierung“ ihre traditionellen Pfründe von Korruption und Vetternwirtschaft (den Drogenhandel eingeschlossen?) gefährdet sahen.

Der Mord an Colosio führte zu einem *Klima der Angst* und schüchterte eine große Zahl politisch aktiver Gruppen ein. Salinas benannte auf traditionelle Weise selbstherrlich Zedillo als den neuen Kandidaten der PRI ohne Konsultation der Parteimitglieder. Angesichts der prekären Lage lehnte die EZLN am 12. Juni das im März ausgehandelte Friedensabkommen ab; sie konnte sich auf keine Versprechungen dieser Regierung mehr verlassen. Kurz darauf, am 16. Juni, trat der Unterhändler der Regierung, *Manuel Camacho Solís*, zurück und warf ihr vor, zu substantiellen Reformen nicht bereit zu sein. Sowohl die Gruppe „San Angel“, zu der verschiedene mexikanische Intellektuelle wie *Carlos Fuentes* gehörten, wie der von der EZLN in den Urwald zusammengeführte „Demokratische Nationalkonvent“ (6.–8.8.) scheiterten mit ihren Versuchen, einen Übergang zu einer wirklichen Demokratie durchzusetzen.

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 21. August wurde der Kandidat der PRI mit dem offiziellen Ergebnis von 48,77 Prozent gewählt. (Es gibt keinen zweiten Wahlgang.) Offenbar hatten die meisten Mexikaner vor einem Wechsel des Systems Angst bekommen und angesichts der wirtschaftlichen Erfolge und der Zunahme von Gewalt lieber für das ihnen bekannte Übel als für unbekannte Alternativen gestimmt. Daß Cuauhtémoc Cárdenas mit etwa 16,6 Prozent weit abgeschlagen an dritter Stelle lag, war für seine Anhänger und ihn selbst – er will bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 nicht mehr antreten – eine bittere Enttäuschung.

Er hat jedoch auch Fehler begangen: Angesichts der Exi-



stanz einer Bewegung links von der PRD hatte er es für notwendig gehalten, radikalere Töne anzustimmen, was wiederum die politische Mitte abschreckte. Bei einer viel beachteten Fernsehdiskussion zwischen den Präsidentschaftskandidaten am 12. Mai hatte Cárdenas sehr schlecht abgeschnitten, während der Kandidat der christdemokratisch bis rechtsliberal orientierten „Partei der Nationalen Aktion“ (PAN), *Diego Fernández de Cevallos* den besten Eindruck hinterließ. Danach führte letzterer seine Kampagne jedoch in einer Weise weiter, als wollte er gar nicht wirklich Präsident werden. Dies nährte Spekulationen, er habe mit der PRI den zweiten Platz (er erhielt 25,94 Prozent) „ausgehandelt“ und versprochen, die Legitimität der Wahlen nicht anzuzweifeln, um im Gegenzug die Anerkennung von Wahlsiegen in den Bundesstaaten zugesprochen zu bekommen. Der überwältigende Sieg der PAN (54 Prozent) bei Gouverneurswahlen in Jalisco am 12. Februar dieses Jahres hat solchen Gerüchten neue Nahrung gegeben, auch wenn der Verzicht auf einen Wahlbetrug der PRI in Jalisco andere Gründe gehabt haben mag. Denn die PRI kann derzeit verlorenes Vertrauen nur dadurch zurückgewinnen, daß sie auch einmal eine Wahl verliert.

Eine latente Subkultur des Wahlbetruges

Sicherlich waren die Präsidentschaftswahlen vom 21. August 1994 die „saubersten“ in der Geschichte Mexikos. Trotzdem berichteten sowohl erstmals zugelassene ausländische wie die in einer „Alianza Cívica“ (Bürgerallianz) zusammengeschlossenen inländischen Wahlbeobachter von vielen Unregelmäßigkeiten, vor allem in ländlichen Regionen. Trotz einer latenten „Subkultur des Wahlbetrugs“ gehen aber selbst die meisten Gegner der PRI davon aus, daß auch ohne diese Mängel Zedillo die Wahl gewonnen hätte. Die Probleme liegen woanders: der private Medienkonzern TELE-VISA, der faktisch das Fernsehmonopol innehat, stand immer auf der Seite der PRI, die überdies für ihre Kampagne nicht nur den Amtsbonus des scheidenden PRI-Präsidenten, sondern den gesamten Staatsapparat einschließlich der Gelder des Entwicklungsprogramms PRONASOL einsetzen konnte. Jorge Castañeda brachte es auf den Punkt: Solange PRI und Staat faktisch identisch sind, wird die PRI keine nationale Wahl verlieren; solange sie aber jede Wahl gewinnt, wird es nicht möglich sein, PRI und Staat zu trennen.

Der Wahlsieg Zedillos sorgte jedoch nicht einmal innerhalb der PRI für Frieden. Am 28. September 1994 wurde ihr ebenfalls dem Reformflügel zugerechneter Generalsekretär *José Francisco Ruiz Massieu* ermordet. Sein Bruder *Mario Ruiz Massieu* übernahm als stellvertretender Generalstaatsanwalt die Ermittlungen. Aus Protest gegen die Behinderungen, denen er dabei ausgesetzt war, trat er am 23. November zurück. Doch neue Untersuchungen, die von dem von Zedillo ernannten Generalstaatsanwalt *Antonio Lozano Gracia* geleitet wurden (der bemerkenswerterweise aus den

Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4358, DM 18,80  
öS 147,- / SFr 18.80**



**Band 4365, DM 16,80  
öS 131,- / SFr 16.80**



**Band 4359, DM 12,80  
öS 100,- / SFr 12.80**



**Band 4367, DM 12,80  
öS 100,- / SFr 12.80**



**Band 4363, DM 16,80  
öS 131,- / SFr 16.80**



**Band 4430, DM 18,80  
öS 147,- / SFr 18.80**



**Band 4361, DM 29,80  
öS 233,- / SFr 29.80**

← Eine überzeugende Synthese: ein moderner Theologe des 20. Jahrhunderts im – fiktiven – Gespräch mit dem universalen Genie des Mittelalters: Thomas von Aquin.

Das Taschenbuch-Gesamverzeichnis erhalten Sie bei: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

**HERDER / SPEKTRUM neu im Mai**



PAN stammt), weckten den Verdacht, daß hinter dem Mord an Ruiz Massieu der Bruder des früheren Präsidenten, *Raúl Salinas*, steckte und dieser von Mario Ruiz Massieu sogar gedeckt wurde. Beide sind inzwischen verhaftet – womit Zedillo ein traditionelles Tabu brach, durch das Familienmitglieder ehemaliger Präsidenten geschützt waren. Auf US-amerikanischen Konten von Mario Ruiz Massieu fand man Einlagen von mehreren Millionen US-Dollar. In den USA wird er seit langem des Drogenhandels verdächtigt.

Diese Erkenntnisse warfen auch auf die Ermordung Colosios ein neues Licht, und sogar die Untersuchungen des Attentats gegen den früheren Kardinal von Guadalajara, *Juan Jesús Posadas Ocampo*, wurden neu aufgerollt. Die bisherige offizielle Version, er sei zufällig in einen Schußwechsel rivalisierender Drogenhändler geraten, wurde inzwischen aufgegeben. Sollte womöglich der Boss des Golf-Kartells, *Juan García Abrego*, hinter den drei Morden stecken?

### Wiederum griff das Militär im Bundesstaat Chiapas ein

Nach den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Chiapas wollte der unterlegene Kandidat der PRD, *Amado Avendaño Figueroa*, wegen Wahlbetrugs den Sieg des Kandidaten der PRI, *Eduardo Robledo Rincón*, nicht akzeptieren und ließ sich als Gegengouverneur ausrufen. Die EZLN drohte mit einem *Ende des Waffenstillstands*, sollte Robledo sein Amt wirklich antreten. Gut zehn Tage nach dessen offizieller Amtseinführung besetzte die EZLN tatsächlich mehrere Dörfer, zog sich aber nach dem Eingreifen des Militärs wieder zurück. Zedillo nahm den Ausbruch von Kampfhandlungen zum Anlaß, der EZLN die Schuld an der gleichzeitig einsetzenden Währungskrise zu geben.

Bischof *Samuel Ruiz* von San Cristóbal de Las Casas, der in den ersten Monaten des Konflikts zusammen mit Camacho Solís zwischen Regierung und EZLN vermittelt hatte, trat in einen Hungerstreik, um die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Nachdem es zunächst so aussah, als wollte Zedillo ohne Ruiz auskommen, akzeptierte er ihn und die von ihm gegründete „Nationale Vermittlungskommission“ (Comisión Nacional de Intermediación – CONAI) schließlich doch wieder als Vermittler. Trotzdem erhielt das Militär am 9. Februar den Auftrag, in das Gebiet der Zapatisten vorzurücken, um den als *Rafael Sebastián Guillén Vicente* identifizierten „Subcomandante Marcos“ festzunehmen.

Letzterer gab erneut ein Beispiel seines Humors: das Foto, das in der Presse von ihm gezeigt würde, sei so häßlich, daß er einen Rückgang der Fanpost von Mexikanerinnen befürchte. Um bewaffnete Zusammenstöße zu vermeiden, zogen sich die Kämpfer der EZLN in die Wälder zurück. Die Bevölkerung floh zu Zehntausenden vor den anrückenden Militärs. Überraschenderweise befahl Zedillo jedoch wenige Tage später ein Ende der Militäroperationen und in Erfül-

lung einer der zentralen Forderungen der EZLN trat Eduardo Robledo am 14. Februar zurück. Der von Zedillo ernannte Interimgouverneur, *Julio César Ruiz Ferro*, wurde auch von der PRD anerkannt.

Am 10. März trat ein „Gesetz für den Dialog, die Versöhnung und den würdigen Frieden in Chiapas“ in Kraft, in dem die EZLN als Verhandlungspartnerin anerkannt und die Voraussetzungen für einen Dialog geschaffen wurden. Die Haftbefehle gegen die Führer der EZLN wurden für 30 Tage ausgesetzt. Der Gesetzestext hat allerdings die Tendenz, den Konflikt mit der EZLN als einen lokalen Konflikt in Chiapas zu betrachten, während sich die wichtigsten Forderungen der EZLN und ihrer Sympathisanten in der „Zivilgesellschaft“ auf die Demokratisierung des Staates und eine andere Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene beziehen. Von der großen Unterstützung in der mexikanischen Öffentlichkeit für die EZLN zeugten nicht zuletzt *Massendemonstrationen* in Mexiko-Stadt Anfang März, auf denen der Rücktritt Zedillos gefordert wurde und die Menschen den Slogan „Wir sind alle Marcos!“ skandierten. Obwohl die EZLN als Voraussetzung des Dialogs den Rückzug der Armee auf die Positionen vom 8. Februar verlangt, nahm das Militär bisher nur einen Teilrückzug vor. Trotzdem wurde der Dialog Anfang April wieder aufgenommen.

### Bischof Ruiz bleibt Schlüsselfigur des Friedens

Der umstrittene Bischof Samuel Ruiz García ist nach wie vor eine Schlüsselfigur für die Friedensgespräche. Er unterstützt die indianischen Forderungen, ohne jedoch die Anwendung von Gewalt durch die EZLN gutzuheißen. Im Hin und Her zwischen Verhandlungsbereitschaft und der Option für militärische Lösungen wird er mal angegriffen und verleumdet, mal hofiert und gelobt. Wohl nicht zufällig wenige Tage vor der neuen militärischen Offensive gegen die EZLN hatte der als Nachfolger von Posadas neu ernannte Erzbischof von Guadalajara, Kardinal *Juan Sandoval Iníiguez*, der mexikanischen Tageszeitung „El Financiero“ gegenüber verlautet, der Vatikan habe Bischof Ruiz schon zweimal zum Rücktritt aufgefordert. Er wies darauf hin (ohne sich von solchen Meinungen zu distanzieren), daß „gewisse Kreise“ in Mexiko meinten, Ruiz habe die Unruhen in Chiapas provoziert, durch die Internationalisierung des Konflikts dem Ansehen Mexikos geschadet und sei mitverantwortlich für die Kapitalflucht.

In der durch den „Fall Gaillet“ sensibilisierten Öffentlichkeit schlugen diese Äußerungen ein wie eine Bombe. Die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen, die Ruiz im November 1994 die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, erklärte sich mit Ruiz solidarisch. Aber der Kardinal konnte nicht von neuerlichen Anschuldigungen, sondern nur von einem durch den Nuntius *Gerónimo Prigione* schon im Oktober 1993 übermittelten Brief gesprochen haben. Denn der Geschäftsführer von Adveniat, *Dieter Spelthahn*, und der Generalvikar der Diözese von San Cristóbal de Las



Casas, *Gonzalo Ituarte*, bestätigten, es habe in den letzten Wochen keine Initiative des Heiligen Stuhls gegen Ruiz gegeben.

Auch der Präsident der mexikanischen Bischofskonferenz, *Sergio Obeso Rivera*, und der Erzbischof von Monterrey, *Adolfo Suárez Rivera* (der bis 1971 zum Klerus von San Cristóbal gehört hatte), brachten ihre Solidarität mit Ruiz zum Ausdruck. Am 22. Februar warf sogar der „Osservatore Romano“ den Gegnern von Ruiz vor, den Friedensprozeß zu stören, und würdigte den Einsatz des Bischofs für einen gerechten Frieden. Obwohl Prigione versuchte, den Artikel als Privatmeinung des Verfassers hinzustellen, wirkte er als halboffizielles Dementi der Aussagen des Kardinals von Guadalajara. Bischof *Javier Lozano Barragán* von Zacatecas, der im Fernsehsender „Canal 13“ gegen Samuel Ruiz den abenteuerlichen Vorwurf erhoben hatte, Hilfgelder in Millionenhöhe an die EZLN umgeleitet zu haben, hat später sich selbst dementiert.

Sandoval und Lozano waren zu Handlangern eben jener „gewissen Kreise“ geworden, denen das selbstlose Engagement von Ruiz für die Rechte der Indios ein Dorn im Auge ist, weil es die rassistischen Unterdrückungsstrukturen gefährdet, an deren Aufrechterhaltung Großgrundbesitzer, Viehzüchter, Zwischenhändler und die politische Elite von Chiapas ein massives Interesse haben und deshalb Ruiz als Vaterlandsverräter und Aufrührer verleumdete. Bei Demonstrationen einer „Bürgerfront von San Cristóbal“ gegen Ruiz am 19. Februar in San Cristóbal de Las Casas verbrannte die Menge eine Stoffpuppe des Bischofs, die in der Hand ein Gewehr trug und auf deren Mitra Hammer und Sichel prangten.

Leider lassen sich auch kleine Geschäftsleute und Landwirte, die durch den Rückgang des Tourismus und die Besetzung auch kleinerer Landgüter tatsächlich ohne eigenes Verschulden in Mitleidenschaft gezogen wurden, vor den Karren der Scharfmacher spannen. Sie fühlen sich als „gute Katholiken“ von ihrem Bischof nicht mehr vertreten. Schließlich versucht auch die mexikanische Regierung nach altem Muster, Druck auf Ruiz auszuüben: so wurde einer seiner engen Berater, der Leiter der Entwicklungsorganisation DESMI (Desarrollo Social de los Mexicanos Indígenas), *Jorge Santiago Santiago*, verhaftet und der Zugehörigkeit zur EZLN beschuldigt, wogegen u. a. auch der Hauptgeschäftsführer von Misereor, *Norbert Herkenrath*, protestierte.

## Ist die neoliberale Wirtschaftsstrategie gescheitert?

Am 26. März demonstrierten in San Cristóbal rund 20 000 Menschen für Ruiz und zeigten, daß er seitens der indianischen Gruppen nach wie vor große Sympathie genießt. Von *Adolfo Pérez Esquivel* wurde er erneut als Kandidat für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Trotzdem scheint im Vatikan die Akte „Ruiz“ noch nicht endgültig geschlossen zu sein. Am 4. April teilte der Bischof von Tapachula, *Felipe Ariz-*

*mendi*, mit, die Anschuldigungen gegen ihn würden „noch geprüft“. Möglicherweise wird der Heilige Stuhl auf die „bewährte“ Lösung der Einsetzung eines Koadjutors zurückgreifen.

Die „linken“ Bewegungen sehen in der Krise des Landes das endgültig offenbar gewordene Scheitern der neoliberalen Entwicklungsstrategie. Der dramatische Kurseinbruch ist aber nicht die notwendige Folge einer marktwirtschaftlichen Politik. Schon lange hatten Wirtschaftsexperten auf die Gefahren der unausgeglichenen Handelsbilanz, der Überbewertung des Pesos, des Spekulationskapitals und der Verschuldung durch kurzfristige Kredite aufmerksam gemacht. Aber Zedillos Vorgänger hatte die notwendigen Maßnahmen aus politischen Gründen immer wieder aufgeschoben: 1993 wollte er die Ratifizierung des TLC nicht gefährden; in der ersten Hälfte des Jahres 1994 hätte eine Abwertung die Wahlchancen der PRI geschmälert und kurz vor Ende seiner Präsidentschaft war die Beibehaltung des Kurses in einem Land, wo ein Präsident, der den Peso abwertet, als „abgewerteter Präsident“ (so *José López Portillo* 1982) gilt, wohl auch eine Prestigesache. Schließlich wollte Salinas seine Kandidatur für die Präsidentschaft der GATT-Nachfolgeorganisation WTO (World-Trade-Organization) nicht gefährden. Inzwischen ist Salinas aber dermaßen diskreditiert, daß er selbst seine Kandidatur zurückgezogen hat.

## Auch sozialer Unfriede kann ein Entwicklungshindernis sein

Über die Verzögerung der Abwertung und das schlechte Krisenmanagement hinaus ist die neoliberale Wirtschaftsstrategie der mexikanischen Technokraten aber insofern zu kritisieren, als sie zu sehr auf ausländisches Kapital – das in „emergent economies“ eine besondere Risikoprämie erwartet – und zu wenig auf inländische Ersparnisse, zu sehr auf Exportdiversifizierung und zu wenig auf die Entwicklung eines dynamischen Binnenmarktes setzte. Vor allem ließ sie die extremen Ungleichheiten zwischen Arm und Reich und die Defizite in der demokratischen Kontrolle und Legitimation der Regierung außer acht.

Nun zeigt sich: Auch ein Mangel an Demokratie und politischer Konfliktbewältigung sowie sozialer Unfriede können ein Entwicklungshindernis sein. Nötig ist vielmehr eine auf der Basis einer breiten zivilgesellschaftlichen Diskussion demokratisch legitimierte Politik, die von vornherein und gleichzeitig mit der ökonomischen Liberalisierung effektive Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit, soziale Absicherung und den Abbau der sozialen Ungleichheiten in Angriff nimmt, weil sie sonst langfristig nicht einmal ökonomisch Früchte tragen kann. Angesichts des wachsenden Widerstands gegen die PRI-Regierung, die sich sogar zu einem übergreifenden politischen Dialog an einer Art „Runden Tisch“ gezwungen sieht, keimen wieder Hoffnungen auf einen Übergang zur Demokratie.

*Gerhard Kruij*